

Die deutsch-
amerikanischen und
transatlantischen
Beziehungen unter
einem neuen Präsidenten

Erwartungen an Obamas Außenpolitik

Eckart von Klaeden

Barack Obama hat am 4. November einen historischen Sieg errungen. Allerdings steht der zukünftige US-Präsident vor einer dreifachen Herausforderung, die an jene Franklin D. Roosevelts zu Zeiten der großen Depression erinnert: der Versöhnung der aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise tief verunsicherten, politisch und sozial stark polarisierten amerikanischen Gesellschaft, der Umkehrung des wirtschaftlichen Niedergangs und außenpolitischen Einflussverlustes und des damit einhergehenden Verlustes amerikanischer Führungskraft sowie der Wiederherstellung des Ansehens und der Glaubwürdigkeit der USA. Der Sieg Barack Obamas hat eine Aufbruchsstimmung voller, nicht immer realistischer Erwartungen entfacht, die dieser noch in der Wahnacht in seiner ersten Rede versucht hat zu dämpfen.

Was bedeutet der Sieg Obamas für uns Europäer? Einen radikalen Wandel in der amerikanischen Außenpolitik gegenüber den europäischen Verbündeten dürfte es kaum geben.

Der Ruf der Bush-Regierung in Europa ist schlecht, vor allem wegen der von ihr in ihrem als Krieg bezeichneten Kampf gegen den internationalen Terrorismus als notwendig erachteten Mittel wie der Einrichtung des Gefangenenlagers in Guantanamo und angewandter Verhörmethoden (*water boarding*), die international als Folter angesehen werden. Viel Applaus und kaum Widerspruch konnten diejenigen in Europa ernten, die Präsident Bush für alles – vom internationalen

Terrorismus über die Finanzkrise bis zur Klimakatastrophe – verantwortlich gemacht haben. Die bis ins Absurde gesteigerten Vorwürfe waren für viele Europäer willkommene Ausreden, um US-Forderungen nach einem stärkeren Engagement oder klarer Positionierung mit selbstgerechter Attitüde zurückzuweisen. Mit dieser wohlfeilen und bequemen Position ist es nun vorbei.

Streben nach Kontinuität

Barack Obama dürfte in den transatlantischen Beziehungen weitgehend an die von Präsident Bush in seiner zweiten Amtszeit und zuvor von Präsident Clinton verfolgte multilaterale Linie anknüpfen und sich bemühen, die transatlantischen Beziehungen weiter zu intensivieren. Bedarf gibt es dafür genug, sei es in der Russland- oder Iran-Politik, beim Klimaschutz und der Energiesicherheit, im Nahen Osten oder in Afghanistan. Der neue US-Präsident wird den Europäern breitere Beteiligungsmöglichkeiten eröffnen, ohne damit allerdings den amerikanischen Führungsanspruch aufzugeben. Dazu gehört aber auch, dass von europäischer Seite größere Beiträge als bisher erwartet werden. Befürchtungen jedoch, dass zu den ersten Amtshandlungen des neuen US-Präsidenten die Forderung nach mehr deutschen Truppen in Afghanistan gehören wird, sind übertrieben und eher ein Zeichen mangelnden Selbstbewusstseins. Wenn wir uns – wie es in der Koalitionsvereinbarung heißt – zu einem „effektiven Multilateralismus“ be-

kennen, müssen die USA zu einem multilateralen Vorgehen, wir aber zu effektivem Handeln bereit sein. Der neue Präsident wird von Europa keine Vorträge, sondern Beiträge erwarten. Diese Chance zu einer vertieften Kooperation unter Präsident Obama sollten wir wahrnehmen, denn wir brauchen einen starken Partner USA – aber auch die USA benötigen in uns Europäern starke Partner.

Führungsmacht USA

Obwohl die Macht der USA vor dem Hintergrund aufstrebender, vor allem asiatischer Staaten relativ zurückgehen dürfte, werden die USA noch für lange Zeit westliche Führungs- und internationale Ordnungsmacht bleiben. Die militärische Dominanz der USA wird auch in den kommenden Jahrzehnten erhalten bleiben. Trotz aktueller Finanzkrise wird auch die US-Wirtschaft vor allem dank ihres großen Innovationspotenzials noch über viele Jahre an der Weltspitze bleiben, auch wenn die großen Probleme in der amerikanischen Industrie und das Zwilingsdefizit in Haushalt und Außenhandel der neuen Administration enorme Anstrengungen abverlangen werden.

Auch nach den mit dem Ende des Kalten Krieges eingetretenen strukturellen Veränderungen im internationalen System gibt es keine zwei Regionen auf der Welt, die so viel gemeinsam haben wie Europa und die USA und die in ähnlicher Weise politisch, wirtschaftlich, kulturell, strategisch und historisch aneinander gebunden sind. Die transatlantische Partnerschaft ist auch aus ganz pragmatischen Gründen wichtig, da sich die Stärken der beiden Partner gut ergänzen. Mit der KSZE-Schlussakte von Helsinki, die auch die Unterschrift Leonid Breschnews trägt, wurden die USA (wie auch Kanada) endgültig auch im völkerrechtlichen Sinne zu einer europäischen Macht. Wir haben ein Interesse daran, dass das so bleibt – vor allem angesichts einer aggressiver wer-

denden russischen Außenpolitik. Dieses wurde am Tag der Wahl Obamas deutlich, als der russische Präsident Medwedew in seiner ersten Rede zur Lage der Nation einen härteren Kurs in der Außen- und Sicherheitspolitik und die Stationierung russischer Kurzstreckenraketen im Gebiet Königsberg als Antwort auf die amerikanische Raketenabwehr ankündigte.

Außenpolitische Prioritäten

Der Iran spielt aus Sicht wichtiger Obama-Berater die zentrale Rolle in der Auseinandersetzung zwischen moderaten und extremistischen Kräften im Nahen und Mittleren Osten, das heißt in einer Region, die für die nationale Sicherheit der USA von zentraler Bedeutung ist. Energiesicherheit, Demokratieförderung und die Beziehungen zu strategischen Partnern wie Israel, Saudi-Arabien und Ägypten dürften auch unter Präsident Obama Schwerpunkte des US-Engagements in der Region bleiben, wenn auch der Akzent sich von der Demokratieförderung noch weiter in Richtung Stabilisierung verschieben dürfte. Dem Iran wird nicht zu Unrecht vorgeworfen, der wichtigste Förderer von Terrorismus in der Region zu sein, die Vernichtung Israels anzustreben, Waffen an Aufständische im Irak und Afghanistan zu liefern, die Menschenrechte im eigenen Land zu missachten, die Region (Irak, Libanon und die Palästinensergebiete) zu destabilisieren und ein militärisches Nuklearprogramm zu verfolgen. Präsident Obama wird auf jeden Fall an dem Ziel festhalten, einen nuklear bewaffneten Iran zu verhindern. Dabei dürfte er aber auch den Dialog mit dem Teheraner Regime suchen, allerdings wohl kaum ohne Vorbedingungen – wie er einmal in unbedachter Weise im Wahlkampf erklärt hat.

Damit lässt sich die bisherige Strategie deutlich erweitern, weil in diesen Gesprächen, die ja schon unter Präsident Bush auf Arbeitsebene begonnen haben, nicht nur

die Nuklearfrage aufgegriffen werden kann, sondern auch die politische Lage in der gesamten Region. Angesichts zunehmender wirtschaftlicher Probleme in der Folge sinkender Erdölexporterlöse sowie der 2009 anstehenden Präsidentschaftswahlen dürfte auch in Teheran das Interesse an solchen Gesprächen wachsen.

Präsident Obama dürfte auch den durch die Annapolis-Konferenz wiederbelebten Nahostfriedensprozess, der derzeit durch die innenpolitische Lage in Israel (Rücktritt Premierminister Olmerts) blockiert ist, fortsetzen und damit anders als seine beiden Vorgänger im Weißen Haus den Ausgleich zwischen Israel und Palästinensern von Anfang an zur Chefsache machen und nicht erst kurz vor Ende der (zweiten) Amtszeit.

Auch wenn der Irak-Krieg im Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle spielte, dürfte der geordnete Rückzug aus dem Irak oben auf der außenpolitischen Agenda des ersten Amtsjahres stehen, schließlich hat Barack Obama im Wahlkampf angekündigt, die Kampftruppen innerhalb von sechzehn Monaten abziehen. Präsident Bush hatte bereits am 9. September 2008 vorsichtige Truppenreduzierungen angekündigt, nachdem er im Frühjahr Verhandlungen mit der irakischen Führung über ein Truppenstationierungsabkommen und ein Rahmenabkommen über ein langfristiges Engagement der USA im Irak aufgenommen hatte, die inzwischen abgeschlossen sind. Diese Abkommen sehen eine starke US-Militärpräsenz mit bis zu fünfzigtausend bis siebzigtausend Soldaten vor. Damit dürfte sichergestellt werden, dass der Rückzug kein Vakuum hinterlässt, das neuer Gewalt oder iranischen Hegemoniebestrebungen Tür und Tor öffnet.

Angesichts der sich verschlechternden Sicherheitslage in Afghanistan dürfte Obama – wie angekündigt – das US-Engagement in Afghanistan vor allem beim Aufbau der afghanischen Sicherheitskräf-

Der Mut zu Innovation und Kreativität könnte dazu führen, dass die Krise jenseits des Atlantiks schneller überwunden wird als in anderen Teilen der Welt.

© picture-alliance/dpa, Foto: Abaca 162103



te und beim zivilen Wiederaufbau deutlich ausweiten. Ab 2009 sollen die US-Truppen in Afghanistan um weitere drei Brigaden aufgestockt werden, die im Irak frei werden. Präsident Obama erwartet von seinen europäischen Partnern, dass sie seine Strategie in Afghanistan und Pakistan durch eine Ausweitung ihres zivilen und möglicherweise auch militärischen Engagement unterstützen. Darüber dürfte er bald das Gespräch mit ihnen suchen. Mitsprache und Mitverantwortung sind für Obama zwei Seiten einer Medaille – das sollte auch für uns gelten. Unser Engagement in Afghanistan kann sich auch bisher durchaus sehen lassen.

Den schrittweisen Abzug aus dem Irak so verantwortlich zu organisieren, dass die Fortschritte des letzten Jahres nicht verloren gehen, und angesichts der sich verschlechternden Sicherheitslage in Afghanistan im Jahr der dortigen Präsidentschaftswahlen eine Trendumkehr zu erwirken wird eine Herkulesaufgabe für den neuen Präsidenten sein. Sein Erfolg in beiden Ländern liegt in unserem eigenen Interesse. Wir sollten daher darüber nachdenken, zu welchen zusätzlichen Unter-

stützungsleistungen wie im Irak in der Lage sind.

Neubeginn mit Russland

Die Beziehungen zu Russland dürften schon bald zu einer außenpolitischen Priorität für den neuen Präsidenten werden. Die Georgienkrise vom August 2008, die mithilfe eines transatlantisch abgestimmten Krisenmanagements bewältigt werden konnte, markierte einen neuen Tiefpunkt in den Beziehungen zu Russland. Die Obama-Präsidentschaft hat die Chance zu einem Neubeginn mit Russland – woran auch die russische Seite unter dem Eindruck sinkender Energieexporterlöse und wachsender Wirtschaftsprobleme ein Interesse haben müsste. Gespräche über neue Abrüstungsverhandlungen könnten schon bald in 2009 zu einem intensiven Dialog zwischen Washington und Moskau führen. Solche Verhandlungen sind dringend notwendig, da der START-I-Vertrag im Dezember 2009 ausläuft. Falls Obama sich – wie im Wahlkampf – für eine massive Reduzierung des weltweiten Arsenal von etwa 27 000 Nuklearwaffen einsetzt, von denen 95 Prozent in russischem und amerikanischem Besitz sind, ist dieses Ziel nur gemeinsam mit Russland zu erreichen.

Es ist auch zu begrüßen, dass sich der zukünftige US-Präsident sowohl vor als auch nach seiner Wahl für neue Initiativen zur Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW) ausgesprochen hat. Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen (NVV) ist das Fundament der internationalen Nichtverbreitungspolitik und spielt eine zentrale Rolle bei der Verhinderung der Verbreitung von Nuklearwaffen. Wachsende Proliferationsrisiken, insbesondere die aktuellen Fälle Iran und Nordkorea, die das Vertragsregime gefährden, müssen vor allem durch eine Stärkung der Verifi-

kation des NVV durch die Übernahme des IAEA-Zusatzprotokolls, das eine effizientere Kontrolle möglicher illegaler Nuklearaktivitäten ermöglicht, bekämpft werden. Um zu verhindern, dass die aktuelle „Renaissance“ der zivilen Nutzung der Kernenergie die Proliferationsrisiken weiter steigert, sollten Überlegungen zur Multilateralisierung des Brennstoffkreislaufs, zum Beispiel durch eine Urananreicherungsanlage unter IAEA-Kontrolle, zügig konkretisiert werden. Eine Ratifikation des Vertrags über das Umfassende Verbot von Nuklearversuchen (*Comprehensive Test Ban Treaty*) durch den US-Senat, wofür sich Barack Obama ausgesprochen hat, wäre auch ein positives Signal für die Überprüfungskonferenz 2010 des NVV, die ganz wesentlich für die Zukunft des Vertragsregimes sein wird.

Unverzichtbare Mittel der Proliferationsbekämpfung sind Exportkontrollen, mit denen die Weitergabe zur Herstellung von MVW und militärischer Trägertechnologie, geeigneter Ausrüstungen, Technologien und Vorprodukte kontrolliert wird. Als Präsident dürfte Obama auch die 2003 von den USA angeregte Proliferation Security Initiative und andere Initiativen zur Proliferationsvorbeugung und gegen den Nuklearterrorismus ausbauen.

Transformation der NATO

Solche Verhandlungen auf Augenhöhe mit Russland können den Kreml bewegen, in der Iranpolitik endlich eine unzweifelhafte Position einzunehmen. Diese sollte auch die Voraussetzung für die von Moskau gewünschte Konferenz über eine Sicherheitsarchitektur in Europa sein. Ein für uns wichtiges außen- und sicherheitspolitisches Datum ist der Anfang April in Straßburg und Kehl stattfindende NATO-Gipfel, zu dem Obama erstmals als Präsident nach Europa reisen dürfte. Hier soll nicht nur das sechzigjährige Bestehen des Bündnisses begangen, sondern auch der Auftrag für ein neues strategisches Kon-

zept der NATO erteilt werden. Das bietet – neben dem zweifellos vorhandenen Risiko, dass dabei die bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die Fortentwicklung der NATO offen zutage treten – auch die Möglichkeit eines notwendigen Klärungsprozesses und vor allem die Chance, das transatlantische Verhältnis zu Beginn der Obama-Präsidentschaft wieder zu vertiefen und zu intensivieren.

Das zukünftige strategische Konzept muss die sicherheitspolitischen Umbrüche der vergangenen Jahre in voller Breite widerspiegeln sowie die noch nicht abgeschlossene Transformation der NATO thematisieren. Am Anfang muss eine umfassende Analyse der neuen kaum noch geografisch eingrenzenden Bedrohungen und sicherheitspolitischen Herausforderungen stehen. Dabei müssen auch nicht militärische Aspekte wie beispielsweise ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle berücksichtigt werden. Dazu gehören auch Fragen der Raketenabwehr, der Cyberdefense und der Energiesicherheit.

Das Verhältnis von NATO und EU bedarf der dringenden Klärung. Aus unserer Sicht stehen NATO und ESVP nicht in einem Konkurrenzverhältnis, sondern sind dank ihrer jeweils spezifischen Fähigkeiten komplementär zueinander. Wir brauchen eine gemeinsame strategische Kultur von NATO und EU. Die NATO muss auch weiterhin offen sein für neue Mitglieder. Ihre Aufnahme muss sich an den Aufnahmekriterien des Bündnisses orientieren. Ebenso wichtig ist der Ausbau der Beziehungen zu Partnern, insbesondere in Asien, die sich mit eigenen Soldaten zum Beispiel an der ISAF-Mission in Afghanistan beteiligen.

Damit sich Deutschland auch angemessen an den wachsenden Aufgaben von NATO und ESVP beteiligen kann, müssen die notwendigen Mittel im Bundeshaushalt für den Aufbau der erforderlichen Fähigkeiten bereitgestellt werden. Gleiches gilt für unsere europäischen

Partner. Nur so kann Europa die politisch gewünschte eigenständige Rolle im Bündnis mit den USA übernehmen.

Partner Europa

Die EU ist zwar wohlhabend und übt eine große Anziehungskraft auf ihre Nachbarschaft aus, ist aber noch kein wirklicher strategischer Akteur auf der Weltbühne. Strategische Operationen wie derzeit in Afghanistan können nur unter der Führung der USA beziehungsweise im Rahmen der NATO durchgeführt werden. Seit dem Fiasko der USA in den ersten Jahren nach dem Irak-Krieg wird aber zunehmend deutlich, dass die USA nicht auf die legitimierende Zustimmung und Unterstützung durch die großen europäischen Nationen verzichten sollten. Das gilt umso mehr, als in bestimmten Weltregionen das europäische Ansehen höher ist als das der USA und eine Einbindung Europas die Chancen für einen gemeinsamen Erfolg deutlich verbessert wie zum Beispiel im Nahen und Mittleren Osten. Die EU verfügt inzwischen über erhebliche Mittel und Expertisen beim zivilen Krisenmanagement und Wiederaufbau. Gerade die aktuellen Erfahrungen in Afghanistan und auf dem Balkan zeigen, wie wichtig die Verknüpfung von militärischen und zivilen Maßnahmen ist. Allerdings sollte die transatlantische Zusammenarbeit nicht auf Europa und die USA beschränkt bleiben, sondern weitere demokratische und gleich gesinnte Länder wie Japan und Indien, Australien und Neuseeland, Brasilien und Mexiko einbeziehen.

Zur Bewältigung der großen vor ihm liegenden Herausforderungen ist Obama auf Mitstreiter jenseits seiner Partei und Bewegung angewiesen – auf moderate Republikaner ebenso wie auf Alliierte in Europa und anderswo. Aber für uns gilt umso mehr: Ohne die USA werden alle europäischen Ordnungsvorstellungen in der Außenpolitik von vornherein zum Scheitern verurteilt sein.